

Bauen und schnell Sicherheit schaffen

Verteidigung und Bevölkerungsschutz beschleunigen

(BS/sr) Mit dem Sondervermögen Infrastruktur soll Deutschland wieder auf Vordermann gebracht werden. Doch damit bereits in diesem Jahr finanzielle fließen und Projekte beginnen können müssen auch die Genehmigungen für Projekte möglichst schnell umgesetzt werden. Gerade im Sicherheits- und Verteidigungsbereich kommt von Seiten der Länder Bewegung in diesen Prozess.



Ohne eine ausgebaute Infrastruktur wird das Ziel der Verteidigungsbereitschaft 2029 nicht erreicht werden.

Foto: BS/Bundeswehr, Marco Dorow

Es gibt zwar deutliche Skepsis darüber, ob die zusätzlichen Gelder des Sondervermögens reichen, um die Infrastruktur wieder auf Vordermann zu bringen, sodass auch überlegt werden muss, wie es nach Auslaufen der zusätzlichen Finanzierung weiter geht. Doch bis diese Frage geklärt wird ist noch Zeit – nun gilt es erst einmal mit der Umsetzung der Projekte zu beginnen. Im Sicherheitsbereich hat zuletzt Nordrhein-Westfalen seine Bauordnung angepasst, um bundeswehr- und zivilschutzkritische Infrastruktur schneller zu genehmigen.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW, erörtert: „Die sicherheitspolitischen Zäsuren haben unmissverständlich gezeigt, dass Verteidigungs- und

Sicherheitsfähigkeit kein abstraktes Zukunftsthema ist, sondern eine konkrete staatliche Aufgabe im Hier und Jetzt. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, soll das Bauordnungsrecht des Landes gezielt weiterentwickelt werden.“ Damit dies gelingt wurden Verfahren vereinfacht, neu geordnet und auf die Anforderungen sicherheitsrelevanter Bauprojekte zu geschnitten.

Genehmigungslos loslegen

NRWs Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk, dessen Ressort für die Umsetzung der militärischen Bauvorhaben im Bundesland verantwortlich ist, erklärt: „Für militärische Bauten in unserem Land muss künftig kein Baugenehmigungsverfahren mehr angestrengt

werden.“ Dabei handele es sich um eine bahnbrechende Neuerung so *Optendrenk*. Auch bei der denkmalrechtlichen Planung wird das Genehmigungsverfahren verschlankt, da es nicht möglich sei, um die Nutzung von Denkmalgeschützten Kasernen herumzukommen. Künftig gilt eine einmonatige Frist, in der die obere Denkmalbehörde Einspruch einlegen muss – sonst starten die entsprechenden Maßnahmen.

Kein Einzelfall

NRW ist dabei nicht das erste Land, das die Bauvorhaben für die Bundeswehr deutlich beschleunigen will. Bereits im vergangenen Jahr hatte zum Beispiel Baden-Württemberg eine Anpassung des Landesrechtes beschlossen. Auch hier muss die Bundeswehr für ihre Bauvorhaben keinen formelles Genehmigungsverfahren durchlaufen, solange sie sich an die entsprechenden Landesvorschriften hält.

Neben Bauvorhaben, die der Verteidigung dienen, werden in NRW auch andere dem Bevölkerungsschutz dienende Baumaßnahmen in ihrer Genehmigung vereinfacht. Diese Bauvorhaben sind der oberen Bauaufsichtsbehörde in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Die öffentliche Hand ist an Recht und Gesetz gebunden, so dass das Einhalten der bauordnungsrechtlichen Vorschriften auch mit neuen Verfahrensbeschleunigungen einhergehen kann.

„Es könnte destruktiv werden“ – Nichts weniger als das verspricht die Präsidentin des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw), *Kornelia Annette Lehnigk-Emden*, für die Umstrukturierung ihres Amtes im Mai. Über weitere Details, die über den Einsatz der metaphorischen Brechstange hinausgehen, bewahrte die Präsidentin allerdings noch Stillschweigen. Lediglich, dass gegenwärtig Gespräche zwischen Koblenz und Berlin erfolgten, ließ sich *Lehnigk-Emden* in Berlin entlocken.

Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), *Dr. Nils Schmid*, nannte zwar ebenfalls keine Details zur Neustrukturierung des BAAINBw, machte aber deutlich, wo die Ambitionen liegen. „Wir treiben die Beschaffungsbeschleunigung voran“, versprach er. Dabei strebe das Haus von Bundesverteidigungsminister *Boris Pistorius* (SPD) eine „langfristige Zusammenarbeit mit der Industrie an, die Skalierung und Tempo von Anfang an mitdenkt“. Die „Time to Bundeswehr“ – also die Zeit, bis Systeme bei der Truppe zulaufen – zu verkürzen, sei dabei leitgebend.

Der Digitalfunk erhitzt die Gemüter

Der Anspruch, die Beschaffungsprozesse für die deutschen Streitkräfte zu beschleunigen, treibt die Planerinnen und Planer im BMVg schon seit Längerem an. Folgerichtig reiht sich die Neustrukturierung des BAAINBw in eine lange Liste von Maßnahmen und Maßnahmenpaketen seit der Verkündung der Zeitenwende im Februar 2022 ein. Das Mitte Januar dieses Jahres beschlossene Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr (PBBGBw) und sein Vorgänger sind dabei nur das prominenteste Beispiel.

Dem hohen Anspruch stehen allerdings immer wieder einzelne Projekte gegenüber, die mit dem neuen Primat der Beschleunigung nicht vereinbar zu sein scheinen. Das mediale Echo fällt bisweilen vernichtend aus. Das Großprojekt Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO) fällt in diese Kategorie. Bei der Beschaffung und der Einrüstung neuer digitaler Funkgeräte traten vielfältige Verzögerungen und Probleme auf. Das Thema bewegt auch den Staatssekretär und die BAAINBw-Präsidentin. Ihre Analysen fallen allerdings unterschiedlich aus.

So sieht *Schmid* die Verantwort-

(BS/Jonas Brandstetter) Dem BAAINBw steht im Mai eine Neugestaltung bevor. Die Strukturen sollen sich der neuen Dringlichkeit, den Budgets und den weltpolitischen Umwälzungen angleichen. Mit der Vergabe allein lassen sich die Kohlen aber nicht aus dem Feuer holen.



Als der Leopard 2 konstruiert wurde, waren digitale Funkgeräte noch Zukunftsmusik. Die modernen Geräte auf der alten Plattform mit Strom zu versorgen, ist nicht trivial.

Foto: BS/Bundeswehr/Mario Bähr

tung vor allem aufseiten der Industrie. Er gesteht ein, „dass es bei einzelnen Projekten zu Verzögerungen kommt“. Dafür zeichnen seiner Ansicht nach aber zentral die Lieferanten verantwortlich. „Fragen Sie die, die es bauen, woran es hakt“, wütete *Schmid*. Denn bei D-LBO werde schlicht nicht das geliefert, was vertraglich vorgesehen sei. „Wir haben Aufträge vergeben, die nicht erfüllt wurden“, lautet die Devisse des Staatssekretärs.

Wie bei ihrem Kollegen aus dem Ministerium lässt das Thema D-LBO *Lehnigk-Emden* ebenfalls nicht kalt. „Der Digitalfunk macht mir Blutdruck“, gestand sie in Berlin ein. Das liegt ihrer Aussage nach aber vornehmlich in der Vielzahl von „Fehlinformationen“ begründet, „die in der Öffentlichkeit verbreitet“ seien. Sie erzürnte sich darüber, dass ihr Amt im Jahr 12.000 Verträge abschließe, in der öffentlichen Debatte allerdings nur fünf stattfänden. Der Digitalfunk sei einer davon. Dabei sei die Lage weit weniger dramatisch, als me-

dial suggeriert. Das verdeutlichte *Lehnigk-Emden* an einem Beispiel: Wer mit seinem privaten Mobiltelefon in den Alpen nach Netz suche, werde sich schwertun. Vor genau diesem Problem stünden auch die Streitkräfte gegenwärtig. An einer Lösung arbeite man zurzeit.

Gleichzeitig sei der mediale Aufschrei zu Problemen bei der Einrüstung der neuen digitalen Funkgeräte in die Legacy-Plattformen des Heeres hochstilisiert. Die Bundeswehr rüste zurzeit 15.000 Funksysteme in über 300 Plattformen ein. Das schließe Fahrzeuge wie den Kampfpfeiler Leopard 2, der vor mehr als 20 Jahren konstruiert wurde, ein. In diesem Zusammenhang festzustellen, dass es eine leistungsfähigere Lichtmaschine brauche, sei normal. „Deswegen machen wir Musterrüstungen“, stellte *Lehnigk-Emden* klar. Die großen Aufreger gründeten häufig auf Momentaufnahmen von Truppenübungsplätzen, die sich bei näherer Betrachtung als Managementprobleme herausstellten.

Das Thema sei komplex – deswegen erbittet sich die Präsidentin Zeit für ihr Amt und die Industrie, um der Probleme Herr zu werden.

Des Pudels Kern ist nicht die Vergabe

Komplex ist nicht nur das Einrüsten neuer Funkgeräte in zwanzig Jahre alte Panzer, sondern auch der Vergabeprozess im BAAINBw. Diesen erläuterte *Lehnigk-Emden* in Berlin im Detail. Denn bevor das Beschaffungsamt etwas ausschreiben kann, muss zunächst der Generalinspekteur (GI) der Bundeswehr eine Anforderung stellen. Die Forderung des GI geht an das Planungsamt der Bundeswehr, das auf dieser Basis eine funktionale Fähigkeitsforderung erstellt. Dieses Dokument wird dem BAAINBw übergeben und dient der Erstellung von drei Lösungen. Diese wiederum finden erneut ihren Weg zum GI. Voraussetzung für eine Vergabe ist allerdings immer, dass die entsprechenden Haushaltsmittel vorliegen. Dessen Aufstellung nimmt zwei Jahre in Anspruch. Wenn der

GI also etwas fordere, das nicht im Haushalt angemeldet sei, verzögere sich die Vergabe um weitere zwei Jahre, betonte *Lehnigk-Emden*.

Dieser Prozess sei – so stellte die Präsidentin des BAAINBw klar – viel zu lang. Das BAAINBw stelle dabei nur einen kleinen Anteil. Wenn der Beschaffungsprozess als Ganzes beschleunigt werden solle, müssten deshalb Planung und Beschaffung zusammengeführt werden.

Mit dieser Einschätzung findet die Präsidentin des BAAINBw Unterstützung beim Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Beschaffung und Supply Management, an der Universität der Bundeswehr München (UniBw München), *Prof. Dr. Michael Eßig*. Er forderte, Ausschreibungen und Vergaben bereits in den frühen Phasen so zu gestalten, dass sie auf einen aufnahmefähigen Markt treffen. Denn wer die Schuld für die lahrenden Prozesse nur auf Seiten des Vergaberechts suche, springe zu kurz. „Beschaffung ist viel mehr als Vergabe“, stellte er klar. Der bisher praktizierte vergabeorientierte Umgang habe eine Einnengung des Marktes bewirkt. So habe die Zahl der öffentlichen Angebote für Beschaffungsverfahren massiv abgenommen. „40 Prozent aller EU-weiten Vergabeverfahren enden nur mit einem Angebot“, mahnte *Eßig*.

Der Ökonom fordert, sich eine holistischere Perspektive auf die Beschaffung anzueignen. Konkret kommen der Beschaffung seiner Ansicht nach zwei Aufgaben zu: die des Bad und die des Good Cops. Ersterer ist angehalten, sicherzustellen, dass sich möglichst viele Lieferanten mit ihren Produkten bewerben. Die Aufgabe des Good Cops ist es wiederum, aus diesem qualitativ breiten Angebot die besten herauszufiltern. Wer diesen Wettbewerb gut zu gestalten suche, sei angehalten, im Beschaffungsprozess weit vor der Vergabe anzusetzen. Die Frage, wie Anforderungen definiert werden, ist hierbei entscheidend. Konkret forderte der Ökonom, mit dem Instrument der Markterkundung bereits frühzeitig die Realitäten des Marktes in die Anforderungsbeschreibungen zu integrieren. Denn genau an dieser Stelle habe es in der Vergangenheit oft gekrankt. Bisweilen sprengten die Leistungsanforderungen für neue Systeme die Grenzen des physikalisch Möglichen. Das Spannungsfeld zwischen dem, was der Markt liefern könne, und den Leistungsanforderungen bleibe in der vergabezentrierten Logik unbearbeitet. Die Folge: die berüchtigten Goldrandlösungen.